

Schweizerische Gesandtschaft

in Wien
III. Strömgasse 16

CS/TS.

Bitte diese Nummern in der Antwort zu wiederholen.

D.2.21.12.

SCHEDES DEPARTEMENT
20. DEZ 1921
NR 35

Wien, den 15. Dezember 1921

Herr Bundesrat,

Bezugnehmend auf meinen Bericht vom 21. November a.c. betreffend die Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien und meine diesbezügliche Conversation mit dem Herrn Bundeskanzler Schober, beehre ich mich, Ihnen in der Beilage die Kopie einer Notiz zuzustellen, die mir vom Bundesminister für Aeusseres soeben zugesandt wird und die diesen Gegenstand ausführlich behandelt.

Wie Sie meinem obenerwähnten Schreiben vom 21. v.g.Mts. entnehmen wollen, beruht der Passus der Notiz die schweizerische Bundesregierung habe sich veranlasst gefunden, im Wege ihres Gesandten in Wien Aufklärung zu verlangen, auf einem völligen Irrtum, indem ich Herrn Schober ausdrücklich und in nicht misszuverstehender Weise mitteilte, dass meine Anfrage keinem Regierungsauftrag entspringe und rein informativen Charakter besitze.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte

C. S. Thommen

2 Beilagen

An das Schweizerische Politische Departement

Abteilung für Auswärtiges

B e r n .

Handwritten notes:
- "Die Notiz ist ungenau mit unbefugtem..."
- "Wird wohl nicht zu viel verlässt..."
- "Regierung wurde auf..."
- "56 in der..."
- "verbleibt bei..."
- "Schweizer..."
- "Notiz..."
- "155"

Handwritten notes:
- "Dass unter letzter der..."
- "30 novembre..."
- "Union command..."
- "President comm..."
- "1. h."



Auszug

Die mit der obbezogenen Zuschrift in Kopie übersendete Verbalnote des österreichischen Vertreters bei der dritten internationalen Arbeitskonferenz an den Generalsekretär des Völkerbundes, deren genauer Inhalt dem Bundesministerium für Aeusseres erst durch diese Uebersendung zur Kenntnis gelangt ist, hat bekanntlich in einem Teile der schweizerischen Presse lebhaftere Erörterung gefunden und sogar die schweizerische Bundesregierung veranlasst, im Wege ihres Gesandten in Wien Aufklärung zu verlangen.

Diese unerwünschten Nebenwirkungen hätten leicht vermieden werden können, wenn die an den bezeichneten österreichischen Vertreter im Gegenstande gestellten, jedenfalls vertraulichen Anfragen in gleicher Weise beantwortet worden wären und wenn insbesondere von der Uebermittlung einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes abgesehen oder in dieser Note doch der zugrunde liegenden Anfragen ausdrücklich Erwähnung getan worden wäre, so dass man hiedurch von vornherein den Eindruck vermieden hätte, als ob es sich um eine spontane Aktion der österreichischen Bundesregierung handeln würde.

Um das Bundesministerium für soziale Verwaltung über den Standpunkt zu unterrichten, den das Bundesministerium für Aeusseres in der Frage der eventuellen Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien einnimmt, wird folgendes bemerkt:

Die Frage der Verlegung dieses Sitzes aus Genf wurde schon im Frühjahr l.J. von einer von der ersten Völkerbundskommission geprüft. In dem Berichte dieser Kommission wurde auch die etwaige Verlegung des Bundes nach Wien besprochen. Da eine solche Verlegung selbstverständlich in hohem Masse in österreichischem Interesse gelegen wäre, hatte sich das Bundesministerium für Aeusseres damals die Frage vorzulegen, ob sich nicht

ganz
unrichtig?
W

unrichtig!
W

(scheint doch nicht zu sein)

etwa eine offizielle Aktion der österreichischen Regierung zur Herbeiführung dieses Erfolges empfehle. Diese Frage musste aber im verneinenden Sinne beantwortet werden.

Es war nämlich von vorneherein klar, dass die Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien vom Völkerbunde nicht etwa aus Vorliebe für Oesterreich in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde, sondern ausschliesslich aus ökonomischen Gründen, nämlich wegen der hohen Kosten der Lebensführung in Genf einerseits und dem niedrigen Stande der österreichischen Valuta andererseits. Es war weiters klar, dass das Gewicht dieser Gründe durch keinerlei Deklarationen der österreichischen Regierung verstärkt werden konnte. Andererseits musste jede Propaganda für die Uebersiedlung des Bundes nach Wien die zahlreichen Gegner eines solchen Schrittes zu einer Gegenaktion anregen.

Bei dieser Sachlage ist die Frage der Sitzverlegung des Völkerbundes nach Ansicht des Bundesministeriums für Aeusseres derzeit nicht akut und jede Aktion der österreichischen Bundesregierung, um den Völkerbund nach Wien zu bringen - die blosser Beantwortung einer Anfrage ist natürlich nicht als eine solche Aktion anzusehen - dem angestrebten Zwecke eher schadlich als nützlich.
